

Pressemitteilung

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Im Gespräch zu Stadtgrün und Migration

Vertreter des bdla im Dialog mit Bundestagesabgeordneten

Ende September/Anfang Oktober 2015 standen für das bdla-Präsidium intensive Gespräche mit Bundestagsabgeordneten auf der Agenda. Till Rehwaldt, Präsident des bdla, und Vizepräsidentin Irene Burkhardt diskutierten mit Vertretern der Regierungsfractionen aktuelle Themen der Freiraum- und Landschaftsplanung und vereinbarten konkrete Kooperationen zwischen Politik und Verband.

Der Austausch führte die bdla-Vertreter in die Büros von Michael Groß, Baupolitischer Sprecher der SPD, und Marie-Luise Dött, Umwelt- und Baupolitische Sprecherin der CDU/CSU. Im Weiteren fanden Gespräche statt mit Sybille Benning (CDU), der einzigen Landschaftsplanerin im Parlament, sowie mit Josef Göppel (CSU), dem langjährigen Weggefährten des Naturschutzes im Bundestag. Breiten Raum nahm die Verständigung über die fachlichen wie politischen Chancen des Konzeptes „Grüne Infrastruktur“ ein und die Erörterung der anstehenden Planungsrechtsnovellen.

Die Abgeordneten waren interessiert zu erfahren, welche fachlichen Anforderungen der Berufsverband der Landschaftsarchitekten an ein künftiges Weißbuch „Grün in der Stadt“ der Bundesregierung stellt. Mit den Fachpolitikern aus dem Bau- und Umweltausschuss des Bundestages wurde hierzu eine enge Informationsübermittlung vereinbart. Marie-Luise Dött, Sybille Benning und Michael Groß signalisierten ihr Interesse, an der vom bdla für den 12. bis 14. Oktober 2016 in Essen geplanten Fachkonferenz „Grüne Infrastruktur“ mitzuwirken und bereits im Vorfeld ihr politisches Gewicht für die gemeinsame Sache in die Waagschale zu werfen. bdla-Präsident Till Rehwaldt stellte hierzu fest: „Für die Bundesregierung ergeben sich im Prozess der Erstellung des Weißbuches ‚Grün in der Stadt‘ über diese Wahlperiode hinaus sehr große Chancen für substantielle Weichenstellungen. Angesichts der zu erwartenden Veränderungen in der Gesellschaft – bspw. Arbeitsmarkt, Klimaschutz, Demografie, Stadtentwicklung – müssen diese genutzt werden.“

Die Entwicklung des Stadtgrüns, die Stärkung der integrierten Planungsansätze, der Ausbau der Programme zur Städtebauförderung – alle diese Aufgaben und der Anspruch, sie zu qualifizieren, werden tangiert von der anhaltend hohen Zuwanderung von Flüchtlingen. Die Abgeordneten verwiesen darauf, dass Integration in den Stadtquartieren und Nachbarschaften stattfindet. Die baurechtlichen Erleichterungen durch das im Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz veranlassten beschleunigten Verfahren bieten dabei die Chance und Notwendigkeit, die stadträumlichen Zusammenhänge neu zu gestalten. bdla-Vizepräsidentin Irene Burkhardt machte deutlich, dass ein „Dach über dem Kopf“ für Flüchtlinge zweifelsohne kurzfristig wesentlich, aber mittelfristig eben nicht ausreichend sei. Bund, Länder und Kommunen sind nunmehr aufgerufen, zu den Unterkünften die entsprechenden öffentlichen Räume zu qualifizieren. Flüchtlinge werden i.d.R. in

Pressemitteilung

kleinen Wohnungen als neue große Nutzergruppe ganz eigene intensive Ansprüche auch an das urbane Grün stellen. Der Bund Deutscher Landschaftsarchitekten plädiert dafür, auch potentiellen Nutzungskonflikten durch eine angemessene Ausstattung mit Freiräumen vorzubeugen und der Integration den notwendigen „Frei-Raum“ zu geben.

Bund Deutscher Landschaftsarchitekten bdla
Köpenicker Straße 48/49, 10179 Berlin
Tel. 030 27 87 15-0, Fax 030 27 87 15-55
info@bdla.de, www.bdla.de